

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa
Verlag: Riesa
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Riesa 1330.
Verlag:
Riesa Nr. 52.

Nr. 185.

Dienstag, 11. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zetteltäuschend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Bei Abdruck von Texten, die durch die Zensur verboten sind, wird die Verantwortung für die Veröffentlichung dem Auftraggeber überlassen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Weitzel 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wilmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Verfassungsfeier im Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Der Plenarsitzungsraum, der schon lange Zeit vor Beginn des Festaktes bis zum letzten Platz gefüllt war, bot ein buntes Bild, das besonders durch die farbenprächtigen Uniformen der Abordnungen der studentischen Korporationen unterstrichen wurde, die den ganzen Saal umfüllten. Die Studentenschaft war diesmal in so großer Zahl vertreten, wie es noch bei keiner der vergangenen Verfassungsfeiern der Fall war. Auf der Regierungstrasse hatten neben dem Reichskanzler die Reichsminister Dietrich, Dr. Curtius, Dr. Schöhl, Dr. Schule, von Guérard, Dr. Stegerwald und Treviranus Platz genommen; als Vertreter des Justizministeriums und des Wirtschaftsministeriums die Staatssekretäre Dr. Joel und Trendelenburg. Neben Minister Dietrich sah der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der mit den Ministern Dr. Goepfer-Wischoff, Dr. Schmidt und Dr. Steiger erschienen war. Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn hatte seinen Platz neben dem Reichshausminister Dr. Curtius. Ferner sah man den Reichspräsidenten Dr. Luther, die Vertreter der Deutscher und Marineleitung, den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, den Präsidenten des Städtebundes Dr. Müller und viele andere. Auch die Vertreter der deutschen Länder waren unter Führung des bayerischen Landespräsidenten Dr. von Preger vollständig erschienen.

Punkt 12 Uhr erschien, während sich die ganze Festversammlung von den Sälen erhob, Reichspräsident von Hindenburg, um in der Diplomatenloge Platz zu nehmen. In seiner Begleitung befanden sich die Reichsminister Dr. Brüggemann und Goerner, Reichspräsidenten Löbe und Reichstagspräsident von Kardorff. Die große Verfassungsfeier im feierlich geschmückten Sitzungssaal des Reichstags, die heute mittag begann, wurde eingeleitet durch die Motete: „Der Geist blist“ von Joh. S. Bach.

Als die letzten Töne verklungen waren, ergriff Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

das Wort zu seiner weit ausholenden Weisrede, in der er einleitend auf die Entwicklung der letzten 8 Jahre hinwies. Ein ungeheurer wirtschaftlicher Wiederaufbau sei in den acht Jahren seit 1923 vollzogen worden, aber nicht allein aus eigener Kraft, sondern auch mit den ersparten Vermögen fremder Nationen, das in Milliarden Summen als Leihkapital nach Deutschland herbeigeflossen sei. Verhältnismäßig reich sei es vielfach in der Form, das dieses Kapital nur auf kurze Zeit gesehen wurde. Von hier gebe die Gefahr aus, in die uns die fürchterlichen Wirren der vergangenen Monate gestürzt haben. Es sei aber nicht eine Krise der Wirtschaft allein, sondern es sei die Krise der Verträge, die damit den Krieg beendeten und die Grundlage zu einem neuen Europa und zu einer neuen Welt legen wollten, die an und rüttelte. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Krise ihren Höhepunkt jetzt überschritten habe.

Eine Gefahr für das Reich bestehe nicht. Der Deutsche habe sich als besserer Bürger bewährt, als man gemeint gewesen sei, ihm zuzutrauen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen würdigte Minister Dietrich dann die Persönlichkeit des Freiherrn vom Stein, der die Voraussetzungen für eine neue deutsche Geschichte geschaffen habe. Heute sei das deutsche Volk aber alles, was Stein plante, hinausgeweht. Es habe das Bürgerrecht in der Gemeinde und im Reich. Trotzdem bestünde es sich in einer Krise. Ein großer Teil der Leistungen, die aus unserem Volke herausgesprengt würden, um den Armen und Schwachen, den Kriegsveteranen und den Arbeitslosen zu helfen, sei zurückzuführen auf die großen Ereignisse und ihre Auswirkungen, die wir nachträglich nicht zu beeinflussen vermögen. Aber ein anderer Teil entspringe ebenfalls sicher Bedürfnissen, die sowohl auf politischem und administrativem wie auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht worden seien. Deutschland befände sich mitten in einer wirtschaftlichen Umwälzung. Zwei Systeme kämpften um ihre Zukunft, das kapitalistische und das bolschewistische. Das Verhalten des Volkes habe gezeigt, daß es in seiner überwiegenden Mehrheit willens sei, auf der bisherigen Grundlage weiter zu bauen, daß es gewonnen sei, auch dafür Opfer zu bringen. Der Ruf nach Reformen sei groß und er dürfe auch nicht ungehört verhallen, doch müsse man vor dem Glauben warnen, daß durch eine Reform des Verhältnisses von Reich, Ländern und Gemeinden zueinander allein schon die jetzigen Einschränkungen und Ersparnisse einreisen würden, die notwendig seien, die öffentlichen Kosten auf ein tragbares Maß zurückzuführen. Es komme darauf an, die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden richtig zu verteilen und die finanziellen Folgerungen daraus zu ziehen, um die oft leerlaufende Verwaltungsmaschine zu entlasten.

Das Fundament, welches die Weimarer Verfassung dem deutschen Volke gegeben hat, ist durchaus gesund und tragfähig, und der Ansturm dagegen wird in der späteren

Geschichte einmal als eine Episode gewürdigt werden. Die Grundgedanken müssen bleiben, wenn auch die Konstruktion im einzelnen der Abänderung bedarf, schon deswegen, um alle politischen Kräfte, statt sie in Gegenlagen zu verwickeln, in der Leitung des Reiches aufzufassen. Es könne sich nur darum handeln, mit vorübergehenden Eingriffen eine Grundlage für eine neue Ära der Selbstverwaltung in Stadt und Land vorzubereiten, keinesfalls aber darum, eine völlige Beherrschung der Kommunen durch die Obrigkeit herbeizuführen. Der Einzelne müsse an die Spitze seiner politisch-wirtschaftlichen Betätigung den Gedanken an das Reich und an das deutsche Volk stellen. Erst dann, wenn die Notwendigkeit, den Staat zu verteidigen, die überwiegenden Schichten unleres Volkes beherrsche, wüßten wir im wahren Sinne eine Nation sein. Das Gelingen des Staates beruhe auf der Qualität der Bürger und wenn der Staat über gute und tüchtige Bürger verfüge, werde ein gesunder, leistungsfähiger und gerechter Staat sein. Er werde aber auch ein mächtiger und freier Staat werden, weil die Unabhängigkeit noch außen abhängig sei von der Ordnung im Innern.

Der Minister schloß: Mit dem Freiherrn vom Stein sind wir stolz auf das Volk und seine wenn auch oft traurigen, so doch glänzenden Geschichte und wir verbinden am heutigen Tage, an dem wir die Verfassung von Weimar feiern, mit der Wahlung vor der Vergangenheit den Glauben an Deutschlands Zukunft.

Im Anschluß an die Ausführungen des Finanzministers wurde die Hymne „Sümann Deutschland“ vorgelesen.

Darauf ergriff der Reichskanzler

das Wort. Auch er erinnerte an die Persönlichkeit des Freiherrn vom Stein, der Wegbereiter deutscher Einheit

und Freiheit gewesen sei. Der Führer vom volkhaften Staat sei uns gerade in diesen Zeiten des Bildens und Garens, des Handelns und Gestaltens aufstrebendes und maßgebendes Beispiel. So wie seine freiheitlichen Reformen die sittlichen und moralischen Kräfte der Nationen zu härterer Opferwirkung anjagten, so solle und müsse die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Mündigkeit allen ein Appell sein, im bewußten und disziplinierten Willen sich der Bürgerpflichten zu erinnern, die diesen Bürgerrechten entsprechen. Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen gefallen sei, sei der Aufstieg gefolgt. So solle auch jetzt jeden Deutschen die Zukunft erfüllen auf eine bessere Zukunft und den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes.

Der Kanzler schloß: In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, mit mir einzustimmen in den Ruf: Das in der Republik geehrte deutsche Volk, es lebe hoch! (Lebhafte Beifall.)

Nachher benach sich Reichspräsident von Hindenburg, begleitet von Reichswehrminister Goerner und seinem Adjutanten, Oberstleutnant von Hindenburg und den Mitgliedern der Reichsregierung, sowie zahlreichen Parlamentariern durch die mit Waffen und Flaggen der Länder geschmückte Kuppelhalle des Reichstages über die Freitreppe zum Platz der Republik, von den vielen Tausenden von Zuschauern mit kühnen Hochrufen begrüßt. Unter den Klängen des Präsentiermarsches und des Deutschlandliedes schritt der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers und des Berliner Stadtkommandanten, Oberst von Wigenborff, die Front der Ehrenkompanie ab.

Nach dem Abschieden der Front verabschiedete sich der Reichspräsident, bestieg seinen Kraftwagen und fuhr langsam unter erneuten Hochrufen, Lächer- und Hütchenwinken des Publikums die Front entlang nach dem Reichspräsidentenpalais zurück.

Verfassungsfeier der Berliner Polizei.

Ansprache des Polizeipräsidenten Grzesinski.

11 Berlin. Die Berliner Polizei hielt heute vormittag im Lustgarten eine Verfassungsfeier ab, an der auch der preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun teilnahm.

Bei der Feier hielt Polizeipräsident Grzesinski eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Not der Zeit u. a. folgendes ausführte: Es ist nämlich, daran zu erinnern, daß wir schon einmal eine Verfassungsfeier begangen haben, bei der die Not das deutsche Volk bedrückte und verwirrte. Das war die Verfassungsfeier im Jahre 1923, die unter derart chaotischen Umständen stattfand, daß sie in keiner Weise mit der heutigen Krise verglichen werden könnte. Damals hing das Schicksal der Ritz und mit ihr das Schicksal des deutschen Volkes nur noch an einem ganz dünnen Faden. Dennoch gelang es in überraschend kurzer Zeit, der fürchterlichen Erschütterungen in Wirtschaft und Politik durch Wahrung der öffentlichen Disziplin, Geduld, bestem Willen und klarem Willen wieder Herr zu werden. Sollte, was damals gelang, heute unmöglich sein? Man mag im Augenblick die Dinge so düster sehen, wie man will — eines steht auf jeden Fall fest, daß, wenn man hier überhaupt vergleichen kann, die heutige Lage Deutschlands trotz aller Not doch besser und weitläufig hoffnungsvoller ist als damals. Eine feste, staatliche Gewalt aber ist gerade jetzt besonders notwendig, da sie allein imstande ist, die Regelung der verarmten Verhältnisse sicher zu stellen. Hier beginnt die Aufgabe der Polizei. Nicht, daß ich der Meinung wäre, daß wirtschaftliche und soziale Fragen durch die Polizei gelöst werden müßten oder könnten. Aber der Staat kann nicht handeln, seine vielfach tief ins Leben der Nation eingreifenden Gesetze und Verordnungen nicht durchzuführen ohne eine starke, geschlossene Exekutive, die mit Leib und Leben sich für die Sicherheit des Staates einsetzt. Ich darf mit Stolz sagen, daß die Berliner Polizei vom ersten bis zum letzten Beamten ihre Aufgabe nie anders aufgefacht hat. So wahr die Republik heute wie gestern die einzige Möglichkeit darstellt, Deutschlands staatliche Existenz in den wiederholten fürchterlichen Erschütterungen der Nachkriegszeit zu sichern, so wahr ist es, daß die preussische und die Berliner Polizei durch ihre aufopferungsvolle, hingebungsvolle Arbeit Staat und Volk immer wieder in den Stunden höchster Not vor dem Auseinanderfallen in den Abgrund bewahrt haben.

Ich weiß, was in den letzten Monaten im Berliner Polizeipräsidium geleistet wurde und ich wollte nur, daß ganz Berlin mit mir begriffe, was es der hingebungsvollen Arbeit seiner Polizeibeamtenschaft zu danken hat. Der

Polizeibeamte steht heute leider auch auf schwerem Gefahrendampfen. Neuerdings scheint sogar der gemeine Menschenverstand politisches Kampfmittel geworden zu sein. Hier auf der Straße jedenfalls und im Dienste haben schon viele Beamte die „Liebe“ dieser Kreise mit ihrem Leben bezahlen müssen. Das Grab des Nachtmeisters Jankert ist getrennt von seinen Mördern geschändet worden. Schlimmeres und Verabscheuenswürdigeres ist hier in Berlin, und ich glaube auch in Deutschland, noch nicht passiert.

Die Teilnehmer an der Feier ehrten darauf das Andenken der Toten durch eine Minute ehrenvollen Schweigens.

Polizeipräsident Grzesinski fuhr dann fort: Das kommende Jahr wird sicherlich noch höhere Anforderungen an uns alle stellen. Mehr denn je ist es unsere Aufgabe, den Gesetzen und Geboten der verfassungsmäßigen Regierung und dem Staate selbst Gehorsam, seinen Symbolen Achtung zu verschaffen. Dabei haben wir aber auch die Pflicht, das Volk mit seinen Taten zu begreifen und für seine Klagen Verständnis aufzubringen. Die Nachkriegs-polizei ist eine Volkspolizei und soll es bleiben. So sehr ich aber verständige Einsicht und Besonnenheit von allen Beamten immer wieder verlange, so sehr ich harte Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit in der Abwehr dann als selbstverständlich, wenn es zum Angriff auf die Beamten, zur offenen Auflehnung gegen die Gesetze oder gar gegen die Verfassung kommt. Wir fühlen, welche hohe Aufgabe es ist, diesem Volke und Staat zu dienen und wissen, daß der Polizeibeamte eine harte und doch herrliche Aufgabe hat, wenn er diesem Volke und seinem Staate ein treuer Hüter und Schützer ist.

Die eindrucksvolle Feier endete mit der Uebergabe einer neuen Standarde in den Reichs- und preussischen Farben an die Schutzpolizei und einem Vorbeimarsch der Polizeitruppe.

Empfang bei Dr. Brüning.

11 Berlin. Eine Abordnung des engeren Vorstandes des Deutschen Städtebundes, der gestern über die Sanierung der Kommunalfinanzien beriet, bestehend aus Präsident Dr. Maler, Oberbürgermeister Dr. Sahn (Berlin), Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer (Königsberg), Oberbürgermeister Dr. Deimrich (Mannheim), wurde von Reichskanzler Brüning in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Stegerwald und des Reichsfinanzministers Dietrich empfangen.

Theater-Sondervorstellung für die Leser des Rieser Tageblattes

Man beachte Anzeige in vorliegender Nummer auf Seite 4